

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz 5009. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 222. B

BERLIN • Mittwoch, den 21. September 1932

1. JAHRGANG

# Das Schicksal des Weltfriedens. Deutschland gefährdet die Einschränkung der Rüstungen.

### Henderson antwortet.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz hat an den deutschen Außenminister ein Schreiben gerichtet, in dem er zu der deutschen Absage vom 14. September Stellung nimmt.

In dem Schreiben drückt Henderson zunächst sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Reichsregierung beschlossen habe, an der Bürositzung nicht teilzunehmen. Die deutsche Regierung scheine der Auffassung zu sein, daß nach der Annahme der großen Vertragsentscheidung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli nunmehr feststehe, daß das kommende Abrüstungsabkommen weit unter dem Abrüstungsregime des Versailler Vertrages bleiben werde. Als Präsident sei es nicht seine Aufgabe, eine Aussprache über „das Abrüstungsregime des Versailler Vertrages“ zu eröffnen. Da jedoch die Form und der Inhalt der Abrüstungsmaßnahmen des kommenden Abrüstungsabkommens jetzt noch nicht bestimmt seien, müsse er seinen Zweifel an der von der deutschen Regierung zum Ausdruck gebrachten Anlegung der Vertragsentscheidung vom 23. Juli geltend machen. Henderson sucht sodann den Nachweis zu erbringen, daß gewisse Bestimmungen dieser Entscheidung durchaus als eine wirksame Abrüstungsmaßnahme aufzufassen seien. So enthalte die Präambel bereits die Zu-

rüstung durch ein allgemeines Abkommen herbeigeführt werden müsse. Ferner sei in dem Hinweis der Entscheidung auf die Ergebnisse der ersten Phase der Konferenz ausdrücklich festgestellt worden, daß eine Reihe von konkreten Abrüstungsmaßnahmen als Ergebnis der bisherigen Verhandlungen registriert werden können, und zwar unabhängig von den weiteren Beschlüssen der Abrüstungskonferenz. Henderson weist darauf hin, daß die Vertragsentscheidung in keiner Weise weitergehenden Abrüstungsmaßnahmen vorgreife. Aus diesen Gründen müsse die deutsche Regierung zugeben, daß schon jetzt weder die Form noch der Inhalt noch die Tragweite des Abrüstungsabkommens als feststehend anzusehen seien und daß diese Fragen erst auf der weiteren Tagung der Abrüstungskonferenz entschieden werden könnten. Henderson ersucht die deutsche Regierung, seine Rede nachzulesen, die er am 23. Juli bei der Beratung der Vertragsentscheidung gehalten habe, und in der er betont habe, daß er nicht wieder nach Genf kommen werde, wenn nicht in der zweiten Phase der Abrüstungskonferenz praktische Ergebnisse erzielt würden. In seiner Rede habe er ferner ausdrücklich betont, daß sämtliche Mitglieder nach Genf mit dem festen Entschluß zurückkehren würden, zu einer wesentlichen Herabsetzung der Weltrüstung, zu einem allgemeinen Abkommen zu gelangen. Henderson schließt mit der Aufforderung an die deutsche Regierung, aufs Neue so schnell wie möglich an den Arbeiten des Büros der Konferenz teilzunehmen, umso mehr als

eine längere Abwesenheit Deutschlands von den Verhandlungen in ernster Weise den gesamten Abrüstungsgedanken gefährden könnte.

Henderson teilt mit, daß er die deutsche Note vom 14. September gleichzeitig mit seinem Schreiben sämtlichen Mitgliedern des Büros zur Kenntnis bringe.

### Herriot, Reed und der Hoover-Plan.

Am Montag fand in Paris eine Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Herriot, dem Kriegsminister Paul-Boncour, dem amerikanischen Botschafter Edge und dem in Paris weilenden amerikanischen Senator Reed statt, über die sowohl die offiziellen französischen Stellen, wie auch die französische Presse weitgehend Stillschweigen wahren. Aus amerikanischen Quellen wird dagegen berichtet, daß in diesem Gespräch, das dem beiderseitigen Wunsch gedient habe, der Abrüstungskonferenz zu einem raschen Erfolg zu verhelfen, der Hoover-Plan besprochen worden sei, und daß Herriot sich bereit erklärt habe, diesen Plan für Frankreich anzunehmen. Weiter heißt es, daß Herriot sich auf den Standpunkt gestellt habe, die deutschen Wehrverbände und die italienische Miliz müßten bei der Durchführung dieses Plans irgend wie für die Feststellung der Heeresstärken berücksichtigt werden.

### Amerika bleibt reserviert.

Hohe Beamte des amerikanischen Staatsdepartements erklärten, daß der Streit um die deutsche Gleichberechtigungsforderung eine rein europäische Angelegenheit sei, in die sich die amerikanische Regierung nicht einmischen werde. Das amerikanische Interesse an Europa beschränke sich auf die Abrüstung.

Stimson lehnte jede Erklärung über die Montagbesprechung von Herriot, Edge und Reed ab und betonte lediglich, daß Edge keine Anweisung bezüglich der ameri-

kanischen Haltung zu den deutschen Forderungen erhalten habe und daß Reed zur Zeit nicht den Auftrag habe, über Abrüstungsfragen zu verhandeln.

### Herriots Pläne für Genf.

Am Dienstag abend fährt Herriot nach Genf, um am Mittwoch an der Bürositzung der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, am Freitag in der Völkerbundsratsitzung und in der ganzen kommenden Woche in den Sitzungen der Vollversammlung des Völkerbundes dabei zu sein. In Frankreich rechnet man in weiten Kreisen damit, daß Herriot die Frage der deutschen Gleichberechtigung vor der Vollversammlung des Völkerbundes zur Sprache bringen wolle.

## Zwei empörende Urteile.

### Ohlau und Eckernförde: ein herausfordernder Vergleich.

Bei dem sogenannten „Deutschen Tag“ am 10. Juli in Eckernförde war es vor dem und im Gewerkschaftshaus in Borby zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten gekommen, wobei zwei Reichsbannerleute getötet und eine Reihe von Beteiligten verletzt wurden. Die Zusammenstöße waren in der Hauptsache verursacht durch einen offenbar planmäßig erfolgten Ueberfall der SA und SS auf das Gewerkschaftshaus. Der Nazi-führer Brenner hat im Prozeß selber ausgesagt, und zwar als Zeuge und nicht als Angeklagter, daß er die SS hinter das Gewerkschaftshaus geführt habe, weil er verhindern wollte, daß die Reichsbannerleute die SA und SS umzingelten (!).

Der Prozeß hat unter anderem gezeigt, daß die Nationalsozialisten in gemelter Weise den Ueberfall durchgeführt haben. Daß von einer Notwehr bei ihnen nicht die Rede sein kann, zeigt u. a. ein Ueberfall auf den Kommunisten Kock, der in der Nähe des Gewerkschaftshauses von Nationalsozialisten überfallen und so mißhandelt wurde, daß er sich nur durch einen Sprung in den Hafen retten konnte. Im Wasser noch wurde er von den tapferen SA-Leuten mit Steinen bombardiert. Er hat es so gut wie sicher nur seiner Geistesgegenwart zu verdanken, daß er noch lebt.

Wer die tödlichen Verletzungen begangen hat, ist im Prozeß nicht ermittelt worden.

### Der Vergleich mit Ohlau drängt sich also auf.

In Ohlau erhielten die Hauptangeklagten vier Jahre und drei Jahre Zuchthaus. Vor dem Kieler Gericht beantragte der Staatsanwalt etwa dasselbe Strafmaß, nämlich dreieinhalb und drei Jahre Zuchthaus.

### Die deutsche Presse zur englischen Note.

Vom „Vorwärts“ bis in die Kreise der bürgerlichen Mitte hinein ist der erste starke Eindruck, der registriert wird, Bestürzung und Erstaunen:

### Was ist in die englische Regierung gefahren?

Die von den großen Pressebüros verbreiteten Meldungen über Reden englischer Staatsmänner und Berichte englischer Zeitungen klangen bis zur Verkündung der englischen Note deutschfreundlich — und tun es auch jetzt noch durchweg. In den deutschen Zeitungen wacht endlich der Verdacht auf, daß diese Berichterstattung einseitig war und ein völlig schiefes Bild der englischen Haltung gegeben hat — wofür sich in Deutschland nur zu leicht gläubige Ohren immer finden und auch jetzt wieder gefunden haben.

Das „Berliner Tageblatt“ rückt in seiner Montag-Abend-Ausgabe ausdrücklich ab: „Die unbeherrschbaren Illusionisten haben auch jetzt wieder leichtsinnig von einer deutsch-englisch-italienischen Front gegen Frankreich gesprochen. Es ist immer die alte Geschichte, man rechnet auf englisch-französische Gegensätze, und jedesmal erweist sich die Rechnung als falsch.“ Um in Deutschland die Bereitschaft für eine deutsch-französische Verständigungspolitik zu wecken,

### AUS DEM INHALT:

Betriebsführung und Plankontrolle in der UdSSR.

Die klägliche Rolle der „Opposition“.

Die Gesetzgebung der spanischen Republik.

Die Christen scharf gegen Papen.

Einheitsfront von oben und unten.

Das Urteil bestimmte für die Hauptangeklagten Rohde und Schröder zwei Jahre bzw. ein Jahr drei Monate Gefängnis. Von den übrigen Nationalsozialisten wurden bestraft: Arp mit einem Jahr Gefängnis, drei weitere Angeklagte mit je neun Monaten, zwei mit je acht Monaten, neun mit je sieben Monaten, einer mit fünf Monaten, vier mit je vier Monaten und einer mit drei Monaten Gefängnis.

Es hat also nicht nur überhaupt keiner der Angeklagten Zuchthaus bekommen, auch die zeitliche Höhe der Strafe steht empörend hinter der in Ohlau verhängten Strafe gegen die Reichsbannerleute zurück.

Die angeklagten Reichsbannerleute wurden wegen Körperverletzung verurteilt: einer von ihnen zu fünf, drei andere zu je drei Monaten Gefängnis.

Bei drei Jugendlichen setzte man die Vollstreckung der Strafe drei Jahre aus.

### Gegen Linke natürlich Zuchthaus.

Am Freitag und Sonnabend wurde vor der Strafkammer in Hanau wegen Ueberfalls auf Nationalsozialisten in der Nacht zum 29. Juni verhandelt. Bei diesem Ueberfall sind zwei Nationalsozialisten durch Messerstiche verletzt worden. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Kalbfleisch 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, gegen Bieber 1 Jahr Gefängnis und gegen Habelsack 5 Monate Gefängnis.

Das Urteil lautete gegen Kalbfleisch wegen Landfriedensbruchs auf 1 Jahr Zuchthaus, Bieber 1 Monat Gefängnis und Habelsack wurde freigesprochen.

Ist es wichtig, daß der alte Wahn, England warte nur darauf, die deutschen Interessen zu vertreten, zerstört wird. Darüber hinaus aber kommt es darauf an, auf die Gefahr eines Scheiterns der Abrüstungskonferenz und des damit einsetzenden Wehrüstens einzugehen, was gewiß zum großen Teil die Schärfe der englischen Absage erklärt.

Die Stellungnahme fehlt in der deutschen Presse fast durchweg.

Daß die reaktionäre deutsche Rechtspresse für diese Gefahr kein Auge hat, sondern sie im Gegenteil bewußt weiter steigert, war vorauszu sehen. Wenn sich aber die „Berliner Börsenzeitung“ in diesem Zusammenhang auf die „Tatsache“ glaubt berufen zu dürfen, daß das deutsche Volk einzig sei in der Abwehr französisch-englischer Versuche, den Tag hinauszu schieben, „an dem das deutsche Volk als Hauptträger der abendländischen Kultur sich die Rechte zurücknimmt, die man uns weiter vorenthalten will, als seien wir ein Hottentottenstamm“, dann werden wir uns in diese Einheitsfront eingebildeter Narren nicht einordnen lassen, die schon durch die Enge ihres Gesichtsfeldes beweisen, daß sie weder als Hauptträger, noch überhaupt als Träger einer wirklichen Kultur in Frage kommen. Nur eins wollen wir dem Schreiber dieses Artikels zugestehen: daß es sich aus Achtung vor den Hottentotten nicht gehört, diese mit ihm auf eine Stufe zu stellen.

# Die Gesetzgebung der spanischen Republik.

## Das katalonische Statut und die Agrarreform.

H. P. Madrid, Mitte September.

Vier Monate lang haben die Cortes in Tag- und Nachtsitzungen diese beiden äußerst wichtigen Gesetze beraten, durch die die Unabhängigkeitswünsche der katalonischen Nationalisten befriedigt und die Macht der Großgrundbesitzer gebrochen werden soll. Trotz ihrer geringen Vertretung in den Cortes hat die Rechte diesen Gesetzen einen zähen Widerstand entgegengestellt, der von den Linksparteien viel Geduld erforderte. Die fortschreitende Arbeit an diesen beiden Gesetzen war nicht zuletzt der Grund des vorläufigen Scheiterns des Monarchistenputsches; denn die endgültige Verabschiedung beider Gesetze würde — wie man sich damals sagen konnte — die feudale Herrschaft in ihren Grundlagen zerstören. Unter dem Eindruck des mißglückten Putsches hat die Nationalversammlung mit frischen Kräften diese Gesetzesvorlagen angepackt und nun zu Ende geführt. Das katalonische Statut wurde mit 314 gegen 24 Stimmen und die Agrarreform mit 318 gegen 19 Stimmen angenommen. Da die Zahl der Abgeordneten 463 beträgt, so ergibt sich die absolute Mehrheit, die für Annahme dieser Gesetze nötig ist.

Die Annahme des katalonischen Statuts hat in Barcelona einen überschwenglichen Jubel mit dem dazugehörigen Austausch von Glückwunsch- und Danktelegrammen ausgelöst. Trotzdem wird man bei näherer Betrachtung des Gesetzes finden, daß die Zugeständnisse der spanischen Regierung an Katalonien in bescheidenem Rahmen bleiben und so verklausuliert sind, daß in der Praxis das katalonische Parlament einen sehr beschränkten Aktionsradius haben wird. Jedenfalls entspricht der Wortlaut des verabschiedeten Gesetzes nicht mehr dem ursprünglichen Entwurf, der weitläufigere Rechte forderte. Mit so kritischen Augen gehen weder die Katalonier noch die Spanier an dieses Gesetz heran.

Katalonien hat ein Parlament, hat seine eigene Regierung und kann eine eigene Polizei haben,

alles Dinge, die nach außen hin in Erscheinung treten — und darauf kommt es an. Daß dieses Parlament und diese Regierung an zahlreichen Paragraphen der spanischen Verfassung und des katalonischen Statuts hängen, das schiebt sich im Augenblick nicht in das Bewußtsein des katalonischen Volkes, soweit es dem Nationalismus zuneigt. Es mag nun für die katalonischen Arbeiter ein Trost sein, daß die katalonische Polizei den Gummiknüppel auf ihren Köpfen erprobt, statt die verhaßte von Madrid aus geleitete Polizei. Die Anarcho-Syndikalisten, die die nationalistischen Bestrebungen Kataloniens von jeher verspottet haben, weisen mit Recht auf diesen schwerwiegenden Unterschied hin.

Was werden aber die Anarcho-Syndikalisten gegenüber der Wahl zum katalonischen Parlament tun? Sie schreiben es täglich in ihre Zeitung: „Weg mit der Politik!“, d. h. geht nicht zum Wählen, Arbeiter! Wenn diese Parole wirklich befolgt wird, was durchaus nicht feststeht, dann würde das Parlament natürlich in stark reaktionärer Färbung zusammentreten. Zum Glück wächst die Einsicht bei vielen Arbeitern, daß diese Parole dem Kampf der Arbeiterschaft gegen die kapitalistischen Bürger nicht dient.

Die Sprachenfrage hat ihre Lösung dadurch gefunden, daß Katalonisch und Spanisch offizielle Sprachen sind. Im Verkehr mit Behörden der anderen Provinzen Spaniens, muß sich Katalonien ausschließlich des Spanischen bedienen. Auch in den Schulen bekommt Katalonisch den ersuchten Platz. Katalonien kann Schulen jedes Grades in Übereinstimmung mit dem diesbezüglichen Artikel der Verfassung einrichten. Die Universität kann auf Antrag durch die spanische Regierung autonomisiert werden, wobei ein Patronat eingerichtet wird, das über die Rechte der Professoren und Schüler und über die katalonischen und spanischen Kulturgüter wacht.

Unter den namentlich aufgeführten Gebieten, in denen Katalonien das Recht der Gesetzgebung zusteht, befindet sich auch die *Sozialisierung der Bodenschätze und Unternehmungen*, was hier wohl Verstaatlichung heißen soll. Ebenso kann Katalonien über den enteigneten Grund und Boden bestimmen. Hier lassen sich also gewisse Perspektiven für eine soziale Gesetzgebung erblicken, wenn eine zielklare Arbeiterorganisation Einfluß auf die Gesetzgebung gewinne. Andererseits kann dieser Artikel zur Gefahr werden, wenn die katalonische Regierung reaktionärer sein wird, als die spanische.

Der katholische Klerus besitzt in Katalonien noch einen starken Einfluß. In dem neuen katalonischen Statut wird das Verhältnis des Staates zur Kirche nicht erwähnt, da die diesbezüglichen Artikel der spanischen Verfassung auch auf Katalonien Anwendung finden. Man darf die Möglichkeit aber doch nicht aus dem Auge lassen, daß eine kirchenfreundliche Parlamentsmehrheit manches für die Katholiken tun kann. In diesem Lichte erscheint gerade die anarcho-syndikalistische Parole von der politischen Abstinenz für die Arbeiterschaft verhängnisvoll; denn solange die Mächtigeren auf dem Boden der Politik handeln, solange müssen ihnen auch die Arbeiter auf diesem Boden entgegentreten.

Es gibt viele Menschen, die den Optimismus der Mehrheit, daß nunmehr der jahrhundertelange Kampf für die sogenannte Befreiung Kataloniens ein Ende gefunden habe, nicht teilen. In der Tat enthält das Statut viele Keime für Kompetenzstreitigkeiten, die sich sehr bald einstellen werden, wenn das Parlament seine Tätigkeit beginnt. Die Anhänger der Separation werden ihre Arbeit fortsetzen und wahrscheinlich Zuwachs von den bisher gemäßigten Nationalisten erhalten, die sich jetzt noch mit dem neuen Statut zufrieden geben; denn der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. So wie die Dinge liegen, ist zu vermuten, daß die weitere Entwicklung Kataloniens noch manche Lehren über Demokratie und Unabhängigkeitsbestrebungen liefern wird.

Über die Bedeutung der Agrarreform werden wir noch im Wirtschaftsteil berichten. Die Erwartungen, die an diese Reform geknüpft werden, zielen auf eine völlige Umwälzung der Agrarverhältnisse Spaniens hin, von der man meint, daß sie in etwa 10 Jahren beendet sein werde. Der Großgrundbesitz werde bis dahin liquidiert sein. Wir würden freilich nur dann eine Garantie für die tatsächliche Durchführung der Reform sehen, wenn wir sicher wären, daß die gleichen Menschen, die sich heute der Sache energisch annehmen, für diese nächsten 10 Jahre im Amte sind. Das läßt sich jedoch keines-

wegs als wahrscheinlich voraussetzen. Kein Mensch kann wissen, wie die nächsten und weiteren Wahlen ausfallen werden und zu welcher Klasse die Männer gehören, in deren Hände das Schicksal der Reform gelegt wird. Dieser Unsicherheitsfaktor in der spanischen Revolution von oben müßte die verantwortlichen Männer immer drohend mahnen, je weiter das ganze Gesetzgebungswerk fortschreitet. Genau so, wie die Monarchie, an den Abstimmungen scheiterte, kann es der Republik gehen.

# Japan wahrt seine Interessen.

## Die „offene Tür“.

Die Regierung von Mandschukuo hat verfügt, daß nur Staatsbürger solcher Länder die Erlaubnis, sich in der Mandschurei anzusiedeln oder Feld dort anzulegen, erhalten würden, deren Regierung den neuen mandschurischen Staat anerkannt hat. Das heißt also, daß nur Japaner die Grenzen der Mandschurei überschreiten dürfen.

Über diese Maßnahme herrscht in Washington große Entrüstung. Die amerikanische Regierung hat nicht die Absicht, die Unabhängigkeit der Mandschurei anzuerkennen und hofft, daß auch andere Großmächte diplomatische Schritte gegen Japan unternehmen werden.

## Heiligkeit der Verträge.

Die chinesische Regierung hat nach allen bisherigen Protesten nun auch noch eine Note an die Vollversammlung des Völkerbundes gerichtet, in der diese aufgefordert wird, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des geheiligten Charakters

Vor einigen Tagen wurden auch Reformen im Strafgesetzbuch

beschlossen. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, ebenso die lebenslängliche Freiheitsstrafe. Die Höchststrafe beträgt nur noch 30 Jahre. In gewissen Fällen soll das verurteilte Verbrechen mit der gleichen Strafe geahndet werden, wie das gelungene. Der Wucher wurde in das Strafgesetz aufgenommen. Unbestraft bleiben der Ehebruch und die sogenannte „wilde“ Ehe. Im Militärkodex besteht die Todesstrafe jedoch weiter.

## Parlamentsferien bis 1. Oktober.

Seit der Wahl der Nationalversammlung hat das Parlament mit ganz kurzen Unterbrechungen getagt. Nach Verabschiedung der beiden großen Gesetzesvorlagen ist es bis zum 1. Oktober vertagt worden.

von Verträgen zu ergreifen und dafür zu sorgen, daß den Beschlüssen der Vollversammlung Achtung verschafft wird. In China haben nationalistische Verbände die Regierung zum Austritt aus dem Völkerbund aufgefordert.

## Japans Interessen in China.

Zum Schutze japanischer Interessen sind weitere sechs Zerstörer von Japan nach Kanton entsandt worden.

Mit den japanischen Interessen in China sieht es allerdings schlecht aus: die japanische Wirtschaft leidet schwer unter dem anti-japanischen Boykott. Mit der Entsendung von Zerstörern nach Japan aber werden nicht nur die Interessen des von dem Boykott geschädigten Teiles der Wirtschaft gewahrt, sondern auch die Interessen eines anderen Teiles der Wirtschaft, der erst eben wieder Arbeit von der Regierung erhalten hat und im nächsten Jahr mit Aufträgen im Werte von 100 Millionen Yen bedacht werden soll: die Munitionsfabriken.

## Wieder deutsch-polnischer Konflikt in Genf.

Auf der am Freitag beginnenden Ratstagung des Völkerbundes wird die Frage der deutschen Minderheiten in Polen erneut zur Sprache kommen. Es handelt sich darum, daß die deutsche Regierung behauptet, zur Durchführung des polnischen Siedlungsgesetzes werde vor allem das Land deutscher Großgrundbesitzer in den ehemaligen deutschen Gebieten Polens enteignet; während polnische Großgrundbesitzer verschont blieben. Auf der Mittagung des Völkerbundesrates ist der Konflikt einem Dreierausschuß überwiesen worden, dem von polnischer Seite Versprechungen über die künftige Behandlung des Siedlungsgesetzes gemacht worden sind. Die deutsche Regierung behauptet nun, daß Polen sich nicht an diese Versprechungen halte, da weitere 17 000 Hektar im polnischen Korridor enteignet werden sollen, während die polnische Regierung die Ansicht vertritt, daß ihre Versprechungen sich nicht auf die bereits beschlossenen Enteignungsmaßnahmen bezögen. Von deutscher Seite wird die Einholung eines Rechtsgutachtens vom Haager Schiedsgerichtshof oder eine Klage wegen Bruchs der Verträge über den Schutz von Minderheiten erwogen.

Die französisch-russischen Verhandlungen sollen in Genf wieder aufgenommen werden.

Der Vorsitzende des Bergbauausschusses in der französischen Kammer, der Erdindustrielle Charles Baron, erklärte, daß der französisch-russische Erdöl-Vertrag die Grundlage für den Wiederaufbau der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland bilde und daß er Frankreich aus der Abhängigkeit von amerikanischen und englischen Oel-Trusts befreie.

Zum sowjetrussischen Außenhandelskommissar wurde der bisherige Botschafter in London, Sokolnikow, ernannt.

Infolge des Ergebnisses der schwedischen Wahlen ist die Regierung zurückgetreten, wird aber die Geschäfte vorläufig weiterführen. Der Führer der Bauernpartei, Olson, oder der Führer der Sozialdemokraten wird mit der Regierungsbildung beauftragt werden.

## Der Beginn des Hungerstreiks von Gandhi.

In ganz Indien finden Massensammlungen statt, zur Unterstützung von Gandhis Forderungen an die englische Regierung. Viele der Versammlungen sind von der Polizei aufgelöst worden.

Die indische Regierung hat zwar zugesagt, Gandhi zu Beginn des Hungerstreiks aus dem Gefängnis zu entlassen. Er soll aber nicht nach seinem Haus zurückkehren, und auch in anderer Hinsicht soll seine Freiheit noch nach der Entlassung aus dem Gefängnis beschränkt sein. Gandhi erklärte, daß er möglicherweise seine Entlassung aus dem Gefängnis zurückweisen werde, wenn er nicht volle Freiheit erhalte.

Der Vertreter der unterdrückten Klassen auf der Konferenz am Runden Tisch, Dr. Ambedkar, ist mit Gandhis Protest gegen die Haltung der Regierung in der Frage des Wahlstatuts der unterdrückten Klassen nicht einverstanden. Um in dieser Frage zu einer Einigung zu kommen, sind jetzt Vertreter der Hindus und der Parias zu einer gemeinsamen Konferenz zusammengetreten.

Infolge Gandhis Drohung, in den Hungerstreik zu treten, ist ein Hindutempel in Kalkutta für alle Kasten, also auch für die Parias, geöffnet worden. Dies stellt eine Abweichung von den Regeln des Kastensystems der Hindus dar.

Gandhi hat erklärt, daß Gott ihn, wenn er wolle, trotz des Hungerstreiks am Leben erhalten werde, bis eine Einigung über die Frage der Behandlung der unterdrückten Klassen erzielt sei.

Der ungarische Antifaschist Karikas, der wegen seiner linken Haltung vom Sondergericht abgeurteilt werden sollte, soll jetzt statt dessen vor ein ordentliches Gericht gestellt werden. Dieser Schritt der ungarischen Machthaber kann wohl als Erfolg der zahlreichen Protestaktionen betrachtet werden, die in verschiedenen Ländern zu Gunsten Karikas durchgeführt worden sind.

## BIZ erlaubt der Reichsbank Diskontsenkung.

Nach Paragraph 29 des deutschen Bankgesetzes darf die deutsche Reichsbank den Diskontsatz nur dann unter fünf Prozent senken, wenn die 40prozentige Deckung der Noten durch Gold und Devisen nicht unterschritten wird.

Der Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat am Montag beschlossen, auf sein Einspruchsrecht gegenüber Änderungen der Reichsbankverfassung — es ist im Young-Plan, der bekanntlich noch in Kraft ist, festgelegt — zu verzichten. Daraufhin ist durch Notverordnung jene Bestimmung des Bankgesetzes bis zum 30. September 1934 außer Kraft gesetzt worden.

Der Senkung des Diskontsatzes stehen also juristische Hindernisse nun nicht mehr entgegen. Im Laufe des Dienstag wird der Diskontsatz vermutlich auf 4 Prozent gesenkt werden. Über die Bedeutung dieser Maßnahme haben wir im Wirtschaftsteil mehrfach gesprochen, zuletzt in der gestrigen Nummer des „Funken“. Beim gegenwärtigen Zustand der deutschen Wirtschaft ist die Diskontsenkung eine Hilfe für kapitalistische und feudale Bankbetriebe.

## Bankrott des rumänischen Staates?

Der rumänische Finanzminister hat verfügt, daß Auszahlungen von Beamtengehältern und Pensionen für den Monat September nur vorgenommen werden dürften, wenn die Zahlungsanweisung von ihm unterschrieben sei. Einige Zeitungen schließen aus dieser Verordnung, daß die Regierung die Zahlungen einfach ausfallen lassen will.

Um trotz der Untersuchungen der Völkerbunds-Kommission zu einer Auslandsanleihe zu kommen, wird die Regierung vielleicht die rumänische Erdölförderung monopolisieren; sie kann dann als Gegengabe für Anleihen Erdölkonzessionen bieten.

Die französische Rentenkonvertierung soll schon am 25. September abgeschlossen werden. Alle unter das Gesetz fallenden Staatspapiere, die nicht bis zu diesem Tage der Regierung zum Verkauf angeboten werden, werden als konvertiert betrachtet und also ab November nur noch zu 4½ Prozent verzinst.

Am Montag ist Graf Gravina gestorben, der Kommissar des Völkerbundes in Danzig. Gravina hatte dieses Amt seit 1928 inne und war in Danzig sehr beliebt. Im Mai 1931 wurde seine Amtsdauer um drei Jahre verlängert.

Der englische Arzt und Malaria-Forscher Ronald Ross ist am vergangenen Freitag im Alter von 75 Jahren gestorben. Ross hat um die Jahrhundertwende die Entdeckung gemacht, daß die Vogel malaria durch den Stich einer bestimmten Moskitoart von einem Tier auf andere, gesunde übertragen wird. Damit war zum ersten Mal der Zusammenhang zwischen Malaria-Erkrankungen und Moskitostichen, der später auch bei der Übertragung der Menschen malaria aufgewiesen wurde, festgestellt worden.

## Einheitsfront der Schwarzröcke und Schwarzhemden.

Auf dem VI. eucharistischen Kongreß, der augenblicklich in Abrezzen (Italien) stattfindet, hielt Kardinal Gasparri eine Rede, in der er darauf hinwies, daß Sozialismus und Kommunismus Träger des atheistischen Geistes seien. Das Chaos, das durch diesen Geist in der Welt herrsche, habe der Chef der italienischen Regierung klar durchschaut. Er habe sich bemüht,

die schwere Staatsmaschine wieder in ihre richtigen Angeln zu heben, und zwar in den Begriff vom Dasein Gottes und seiner Moral.

Das biete eine sichere Gewähr und eröffne die schönsten Hoffnungen für die Geschicke des italienischen Vaterlandes. Abzahlung auf die Lateranverträge!

1200 neue Volksschulen sollen in Italien während des nächsten Schuljahres errichtet werden, darunter viele in Gegenden Südtaliens, in denen die Bevölkerung bisher noch von den faschistischen Schulen verschont gewesen ist.

Partikularismus in Südafrika. Aus Natal ist eine Delegation zu dem südafrikanischen Ministerpräsident Hertzog geschickt worden, die wegen der Abtrennung Natal's vom britischen Dominion der Südafrikanischen Union verhandeln soll.



# Die klägliche Rolle der „Opposition“.

Hier sieht man ihre Trümmer rauchen . . .

Wir entnehmen der Zeitschrift der KPD-Opposition „Gegen den Strom“ vom 10. September folgende zum Teil sehr interne Mitteilungen über die auf dem Verbandstag des DMV im August vertretenen gewesenen oppositionellen Delegierten.

Diese Mitteilungen zeigen, daß auf diesem Verbandstag niemand von den Oppositionellen in Erscheinung getreten ist, der vom Boden der Gewerkschaftssetzung, aus verstand, der verfehlten Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre gegenüber die vorhandene Ablehnung dieser Politik seitens der Mitglieder auf diesem Verbandstag wenigstens soweit zum Ausdruck zu bringen, als Delegierte vorhanden wären, die mit der Politik des Vorstandes nicht einverstanden sind.

Von den 283 Delegierten gehörten 272 der SPD an. Die offizielle KPD war mit zwei Delegierten vertreten (Hans Hamm aus Torgelow bei Stettin und Paul Edolmann aus Bunzlau in Schlesien). Die Rolle dieser KPD-Leute wird noch besonders behandelt, hier sei nur erwähnt, daß sich keiner von ihnen zum Wort meldete und daß sie nachweislich bei der Vorstandswahl für den Vorstand stimmten.

Neben den zwei KPD-Delegierten waren noch vier SAP-Delegierte aus Breslau unter der Führung des dortigen Bevollmächtigten Hans Ziegler vertreten, von denen aber lediglich der Delegierte Felix Biener mit der Opposition auf dem Verbandstage ging, während Ziegler eine elende und traurige Renegatenrolle gegen die Opposition hielt und in allen Punkten mit dem Vorstand stimmte.

Die KPD-Delegierten traten, wie während des gesamten Verbandstages, auch nicht in der Debatte zum Geschäftsbericht auf. Der von der „Roten Fahne“ als „wirklich“ oppositioneller Delegierter angekündigte Hans Hamm stimmte überhaupt in allen Fragen mit den Reformisten und war die meiste Zeit des Verbandstages dort zu finden, wo es feucht war. Der zweite KPD-Delegierte Paul Edolmann unterschrieb die von uns eingereichte Entschliebung zum Geschäftsbericht und unterstützte auch mehrfach unsere Anträge. Bei ihm war sicherlich der beste Wille vorhanden, einen kommunistischen Standpunkt zu unterstützen. Versuche der offiziellen KPD-Führung, Verbindung mit ihren Delegierten zu bekommen, schlugen in der Mehrzahl der Fälle fehl.

Die SAPD-Delegierten mit Ziegler an der Spitze nahmen sich mit Ausnahme des SAPD-Delegierten Felix Biener blamabel. Der SAP-Parteivorstand war durch uns aufgefordert worden, seine Delegierten zum Verbandstag zur Mitarbeit anzuhalten. Eine zusagende Antwort des Parteivorstandes teilte mit, daß sich die der SAPD angehörigen vier Delegierten mit Ziegler an der Spitze zu der von uns angegebene Zeit zur

Fraktionssitzung im Wartesaal II. Klasse in Dortmund einfinden werden. Sie erschienen nicht. Ein telephonischer Anruf bei der Breslauer Delegation wurde dahin beantwortet, daß sie am Tage der Eröffnung des Verbandstages eine halbe

Stunde früher erscheinen würden und mit uns eine Besprechung abhalten würden. Wer nicht erschienen war, war die SAPD-Delegation. Wir übermittelten dann Ziegler unseren Entwurf einer Entschliebung zum Geschäftsbericht zur Kenntnisnahme und Stellung. Ziegler äußerte sich dazu nicht, beeinflusste aber seine Delegierten, die Unterschrift unter die Entschliebung zu verweigern. . . . Seine Rede richtete sich zum Erstaunen sogar der SP-Delegierten nicht gegen die Politik des Verbands Vorstandes, sondern gegen die von uns (der KPD-O) getragene Opposition.“

1) Nach dieser Schilderung ist kein Wort zu verlieren über die beiden KP-Delegierten.

2) Da in diesem Zusammenhang die von der KPD-O hier gegen die SAP-Genossen erhobenen Vorwürfe der Unzuverlässigkeit nicht weiter interessieren, bleibt zu antworten, ob es von ihnen richtig war, für die Entschliebung des Vorstandes zu stimmen, die eine Billigung der Vorstandspolitik enthält. Daß das falsch war, ist klar, da diese Politik nicht entschieden gegen den Lohnabbau gerichtet war und die einseitige Propaganda des Vorstandes für die SPD allein schon Grund genug ist, den Vorstand abzusetzen.

3) Wir wissen nicht, warum Ziegler und Genossen die Entschliebung der KPD-O nicht unterzeichneten. Ihre Abstimmung besagt, daß sie die Vorstandspolitik für richtig halten, da sie eine abweichende Stellungnahme nicht formulierten. Zur Entschliebung der KPD-O selber ist zu sagen, daß sie nicht geeignet war, alle Delegierten zu vereinigen, die in der Ablehnung der Vorstandspolitik einig waren. Um diese Delegierten zu erfassen, braucht zum Beispiel in der Entschliebung nicht zu stehen die Forderung des Generalstreiks und was sonst in der heutigen Lage alles von der KPD-O gefordert wird und was auch wir zum größten Teil für richtig halten. Was über die Forderung des Generalstreiks in öffentlichen Entschliebungen der Gewerkschaften zu sagen ist, bringen wir im Anschluß an diese Betrachtung.

4) Im übrigen zeigen diese ganzen Vorgänge, wie vergeblich die partei- und fraktionsmäßige Arbeit in den Gewerkschaften wirkt, die es verhindert, daß die Delegierten die einzelnen Fragen der Gewerkschaftspolitik und -arbeit nach ihrer Überzeugung statt nach dem Kommando der Fraktionsführung entscheiden.

Diese unerquickliche Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften gilt es zu beseitigen zur Förderung der Gewerkschaften. Allen denen, die sich nicht vorstellen können, wie bei dem Vorhandensein so verschiedener Parteien die Gewerkschaftsarbeit zu gestalten ist unter Wahrung der Überparteilichkeit der Gewerkschaften, empfehlen wir den Aufsatz: „Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften“ in Nummer 4 der Zeitschrift „ISK“, Jahrgang 1932.

gaben der „wüsten Schimpfereien“ — eine ehrliche Einheitsfront mitzumachen.

Daß die KPD mit ihrer Einheitsfrontpolitik in eine Sackgasse geraten, zum Teil bereits sehr isoliert ist und zum anderen Teil immer mehr isoliert wird, zeigte sich auch in dieser Versammlung. Darüber hinaus wurde gezeigt, daß die KP mit ihrer Politik leicht ins Hintertreffen geraten kann, weil die Gewerkschaften jetzt gegen den neuen Lohnraub streiken wollen und also der KP eine zugkräftige Parole wegnehmen.

## Kämpft klug gegen die Kirche. Die Kirche selber für Kirchenaustritt.

M. H. Ein evangelischer Lehrer schreibt der „Schlesischen Schulzeitung“ ein bitteres Klagegedicht über die hohen Kirchensteuern. Die Gemeinde sei durch große Ausgaben für den Umbau des Pfarrhauses und für den Bau eines neuen Kirchturms gezwungen, 25 Prozent Kirchensteuer zu erheben. Auf sein Gesuch an den Gemeindevorstand um Herabsetzung der Steuern wurde ihm geantwortet, daß er sich bei der Regierung um eine Notstandsbeihilfe bemühen möge. Zum Schluß heißt es in der Antwort wörtlich, daß „es heute jedem freisteht, aus der Kirche auszusteigen“, allerdings „muß jeder für diese Handlungsweise selbst die volle Verantwortung übernehmen“.

Diese versteckte Aufforderung zum Kirchenaustritt durch den Gemeindevorstand selber könnte uns Freidenker ja nur freuen, wenn die Sache nicht einen Haken hätte, und das weiß die kirchliche Behörde auch sehr gut: daß nämlich ein Volksschullehrer, noch dazu in einer kleinen Gemeinde, sich heute beruflich große Widerstände schafft, wenn er Dissident wird, und vor allem, daß er bei der zu erwartenden weiteren Verkirchlichung des Schulwesens in Zukunft noch viel mehr Schwierigkeiten zu erwarten hat, als sie den dissidentischen Lehrern heute bereits überall gemacht werden. Nur weil diese ökonomische und politische Abhängigkeit der Lehrer von der Kirche besteht, kann diese sich die zynische Aufforderung leisten: Tritt doch aus, wenn dir das Steuern-Zahlen nicht mehr paßt!

Wenn übrigens ein ähnlicher Rat von links erteilt wird, erntet dies die Entrüstung der kirchlichen Presse. So ging es der „Republikanischen Beschwerdestelle“ in Iserlohn, die einem in Kirchensteuerangelegenheiten Auskunft Suchenden angeblich den Rat gegeben hatte, aus der evangelischen Kirche auszutreten. Dieser „Fall“ ging sogar bis zum Landtag; in einer kleinen Anfrage forderte der Landtagsabgeordnete Wiegand (DVP) daraufhin die Auflösung der republikanischen Beschwerdestelle. Der Minister des Innern hat allerdings dies Ansinnen als „aus rechtlichen Gründen unzulässig“ zurückgewiesen.

Vielleicht dauert es aber nicht mehr lange, und jede Aufforderung zum Kirchenaustritt wird in Deutschland unter Strafe gestellt!

In dieser Zeit der Gefahr für das Freidenkertum reagiert der eine mit Angst, der andere mit Mut. Es hat freilich keinen Sinn, durch eine so einfache Gegenüberstellung, die den einen herabsetzt, den anderen anerkennt, die Menschen zur Treue gegenüber ihrer Überzeugung bewegen zu wollen. Solange der einzelne, der den Austritt wagt, in der Isolierung bleibt, wird er nur zu leicht zu einem Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse, das allzu oft dahin wirkt, andere von dem gleichen Schritt abzuhalten. Hieraus folgt für jeden nachdenklichen Menschen die einfache Erwägung, daß die zu solchem Schritt Entschlossenen sich zusammen tun, um so an Macht gegenüber dem Gegner zu gewinnen. Der Kampf für das Freidenkertum verliert nicht dadurch, daß wir ihn mit Vorsicht führen und daher mit geringeren persönlichen Opfern. Sittlichkeit büßt nicht an Wert ein, wenn sie mit Klugheit verbunden ist. Im Gegenteil, sie erfordert um des Zieles willen die Aufbietung der Klugheit, die die eigenen Kräfte nicht unnütz vergeudet. Darum:

In Massen heraus aus der Kirche und hinein in die Freidenker-Organisation!

## Der Weg

### zur Arbeiterregierung

E. Ir. In einer sehr gut besuchten Versammlung des ISK im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg stand das Thema „Arbeiterregierung statt Regierung der Barone“

zur Aussprache. In der einleitenden Rede wies Maria Hödänn zunächst sehr eindringlich auf den Anschauungsunterricht hin, der den Anhängern der Demokratie und somit vor allem auch den Sozialdemokraten durch das Verhalten der Regierung Papen dem Reichstag gegenüber gegeben wird. Sodann wurden die außerparlamentarischen Stützpunkte dieser Junker-Regierung klargestellt, zu denen auch die Passivität der Arbeiterschaft zu rechnen ist. Daß angesichts der Diktatur dieser Herren-Regierung mit ihren Notverordnungen, — die der Arbeiterschaft den Lohn und die Unterstützung immer mehr raubt und die aktiven, sich empörenden Arbeiter in die Zuchthäuser steckt — die gemeinsame Kampffront der Arbeiterschaft noch immer nicht zustande gekommen ist, ist im wahrsten Sinne des Wortes eine

Schande. Nur durch die Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse kann diese Regierung verjagt und an ihre Stelle die Arbeiterregierung gesetzt werden. Die Einheitsfront ist somit die Aufgabe des Tages und nur mit ihrer Hilfe kann die Arbeiterbewegung wieder wirksam in die Politik eingreifen.

In der sehr lebhaften Diskussion kamen Genossen aller sozialistischen Parteien zu Wort. Die Genossen von der KP hatten es nicht leicht, die Parole ihrer Partei „Einheitsfront mit den Arbeitern der SPD, aber nicht mit den verräterischen Führern dieser Partei“ zu verteidigen. Denn sie wurden immer wieder darauf hingewiesen, daß gerade die KP hier eine wichtige Funktion zu erfüllen hätte und Einheitsfrontangebote machen müßte.

Die Forderung nach der Einheitsfront von oben und von unten stand immer wieder im Mittelpunkt.

Auch die Genossen der SPD zeigten sich hier gar nicht so starr, wie das bisher oft der Fall gewesen ist; sie erkannten die Notwendigkeit der einheitlichen Front an und waren auch bereit, unter bestimmten Bedingungen — zunächst Auf-

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„Die Ereignisse werden über uns hinwegschreiten“, erwidert Groener.

Der Kaiser, der während des Vortrages des Generalquartiermeisters zum Kamin hinübergewandert und dort angelehnt stehengeblieben ist, horcht bei den Einwüfen des Grafen Schulenburg auf. Aber der Graf bleibt mit seiner Meinung allein. Es wird festgestellt, daß keine Soldaten zum Niederwerfen des Aufstandes mehr da sind.

„Es handelt sich nur um eine Matrosenrevolte. Die kann man mit wenigen Truppen niederwerfen!“ behauptet Graf Schulenburg.

Der befragte Generalfeldmarschall v. Hindenburg erklärt: „Wie die Umstände liegen, hat die vom Kaiser angeordnete militärische Operation keine Aussicht auf Erfolg.“

Der Graf schlägt einen anderen Ausweg vor: „Der Kaiser kann bei den preußischen Truppen bleiben und friedlich in die Heimat einziehen. Den Reichstag geht die Sache nichts an. Allenfalls der Preussische Landtag hat mitzusprechen.“

Der Kaiser gewinnt seine Haltung wieder. Er greift diesen Plan auf und spinnt ihn mit dem Grafen weiter: Zuerst müßten die Rheinstädte besetzt werden und dann marschiert man etappenweise weiter auf Berlin. Die übrigen Hofleute sekundieren, auch sie glauben, daß sich hier ein gangbarer Weg für den Kaiser öffnet.

Der alte Marschall und der Erste Generalquartiermeister stehen schweigend abseits.

Der Generalquartiermeister hat sich dagegen gewehrt, dem Kaiser die Abdankung vorzutragen. Er hat geglaubt, der Monarch würde sich zu einem heroischen Ende entschließen und hat den Vertrauten des Kaisers nahe gelegt, ihm einen solchen Ausweg vorzuschlagen. Doch solchen Einflüsterungen verschloß der Kaiser sein Ohr.

Nicht nur General Groener, auch andere wünschten einen möglichst würdigen Abgang des Kaisers. Der frühere Reichskanzler Michaelis war mit einer Anzahl pommercher Junker bereit, den Kaiser in den Schützengraben zu begleiten, um mit ihm den Tod zu erwarten; als Michaelis nach einem Essen das Gespräch darauf hinlenken wollte, ließ der Kaiser ihn einfach stehen.

Von einem gewaltsamen Ende wollte der Kaiser nichts wissen: „Das ist schon durch meinen festen christlichen Standpunkt ausgeschlossen!“

Auch von der Abdankung wollte er nichts hören.

„Eine Nachfolger Friedrichs des Großen dankt nicht ab!“ erwiderte er seinen Adjutanten.

Daß Friedrich II. nach der Schlacht bei Kunersdorf, den Tod suchend, mitten in das Schlachtgetümmel hineingeritten war, und daß er als letzte Raison immer eine Kapsel Gift bei sich führte, war seinem Nachfahr offenbar unbekannt.

General Groener beobachtet mit Befremden, wie die Herren noch in letzter Stunde, getreu dem am Hof geübten Brauch, sich selbst und den Kaiser über die wahre Sachlage hinwegzutäuschen versuchen. Er mischt sich in das Gespräch: „Vor vierzehn Tagen hätte man vielleicht die Frage so aufgreifen können. Die Auffassung des Grafen ist völlig irrig. Ich halte den friedlichen Einzug Seiner Majestät für unmöglich. Auch die aus Berlin gemeldeten Ereignisse sind jedoch zu bedenken.“

Der Kaiser fährt heftig herum.

Er hat mit den Ersten Generalquartiermeistern seiner Armee kein Glück. Lüdendorff konnte er seines Feldwebelgesichts wegen nicht ausstehen; an Groener mißfällt ihm der württembergische Akzent.

Der General spricht unbeirrt weiter; er sucht die Augen des Kaisers und sagt abschließend im Ton einer Meldung: „Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generälen geschlossen und in Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter der Führung Eurer Majestät!“

Der Kaiser sucht nach einer Antwort. Die Hofleute in ordnungsgeschmückten Generalsuniformen halten die Luft an. Feldmarschall v. Hindenburg steht da, unbeweglich wie ein Berg.

Doch dann geschieht nichts. Der Kaiser sagt nichts.

Er geht auf die Tür zu, die in den Garten hinausführt. Erst auf der Schwelle dreht er sich um und schreit den General an:

„Exzellenz, diese Erklärung verlange ich von Ihnen schriftlich. Schwarz auf weiß will ich die Meldung aller kommandierenden Generäle haben, daß die Armeo nicht mehr hinter mir steht. Erst dann bin ich bereit, zu gehen, nicht eher! Die Frontkommandeure sollen befragt werden!“

Fünzig Frontkommandeure hatte der Generalquartiermeister bereits ins Hauptquartier beordert, und Oberst Heye hatte den Auftrag bekommen, sie nach der Zuverlässigkeit ihrer Truppen zu befragen. Morgens waren die ersten eingetroffen. So wie sie ankamen, ohne sich vorher waschen oder etwas essen zu können, wurden sie in das Zimmer des Operationschefs hineingerufen, immer vier auf einmal, um die vorgelegten Fragen zu beantworten. Das endgültige Resultat steht noch nicht fest. Eine Anzahl Kommandeure fehlen noch.

Der Kaiser wandert mit v. Grünau durch den Park.

Der Feldmarschall und der Generalquartiermeister sind ebenfalls vor das Haus getreten. Um die beiden Heerführer herum stehen die Generaladjutanten und die Ratgeber des Kaisers. Aus dem Dienstzimmer der Villa kommt Admiral v. Scheer dazu, der nach der Vorzeiflungsaktion am Skagerrak geadelt wurde und dem nachher eine den Seestreitkräften übergeordnete Stelle im Großen Hauptquartier eingerichtet worden ist.

Die Herren sprechen über den Zustand der Armee, über die Ausbreitung der revolutionären Bewegung, über die aus Berlin einlaufenden Meldungen.

„Das Drängen der Reichskanzlei ist schon untrüglich!“

„Die Entscheidungen wollen doch in Ruhe erwogen werden!“

„In den Berliner Straßen wird gekämpft, an der Maikaserne sollen Ströme von Blut geflossen sein; man muß der Reichshauptstadt schnellstens Hilfe bringen!“

(Fortsetzung folgt.)

# Der „Druck von unten“.

## Zum englischen Weberkampf.

Seit einer Woche werden in Manchester Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften unter dem Vorsitz eines Beamten des Arbeitsministeriums geführt, um eine Einigung in dem englischen Weberkonflikt herbeizuführen. Die Aufgaben der an den Verhandlungen Beteiligten werden von der englischen „Arbeiter“-Zeitung, dem „Daily Herald“, wie folgt dargestellt:

„Der erste Schritt ist, auf Zurückziehung der angekündigten Lohnsenkungen zu bestehen und

die Weber an die Arbeit zurückzubekommen.

Der zweite Schritt ist, einen Ausschuss einzusetzen, der eine volle und freie Untersuchung aller Probleme der Baumwollindustrie anstellt.“

Diese Zeitung vertritt also mit einer geradezu unerschämten Offenheit die Wünsche der Unternehmer: Erst durch leere Versprechungen den Streik abbrechen und dann einen Untersuchungsausschuss einsetzen, der bei der schlechten Lage der Baumwollindustrie sicher zu dem Schluß kommen wird, daß die Löhne gesenkt werden müßten.

Anders werden die Aufgaben der Arbeitervertreter bei den Verhandlungen in einem Telegramm dargestellt, das zu Beginn der Konferenz von dem Ortsverband der Weber von Bacup an die Gewerkschaftsdelegation gesandt worden ist. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„An die Vertreter der Baumwollarbeiter: Die Augen eines jeden Lancashirer Baumwollarbeiter sind heute auf Euch gerichtet, ja, sogar die Augen eines jeden Arbeiters im Lande. Eure Verantwortung ist groß. Von Euch wird gefordert, die Zitadelle der Arbeiterbewegung dieses Landes zu verteidigen. Seid mutig. Vertraut auf die Arbeiter.“

Eure Pflicht ist klar, nämlich: erstens, bedingungslose Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter; zweitens, keine Lohnsenkungen (davon haben wir genug); drittens, kein Mehr-Webstuhl-System. Wenn diese Bedingungen nicht angenommen werden, zögert nicht, den Konferenzsaal zu verlassen und weiter mit dem Kampf.“

Der Sekretär des Ortsverbandes, der dieses Telegramm geschickt hat, erklärte dazu:

„Das Telegramm stellt Geist und Herz der Lancashirer Baumwollarbeiter dar. Wenn unsere Vertreter ihre Arbeit nicht machen, dann müssen sie eben anderen Platz machen, die sie tun wollen.“

Der „Manchester Guardian“ schreibt, daß ähnliche Telegramme nicht nur aus Bacup angekommen seien, daß aber Anlaß bestünde, anzunehmen, daß sie die Verhandlungen nicht beeinflussen würden.

Bisher sind diejenigen, denen vor allem daran liegt, daß der Konflikt beigelegt wird, mit dem Laufe der Verhandlungen zufrieden. Es ist noch nicht leicht zu beurteilen, ob auch diejenigen befriedigt sein können, denen daran liegt, daß der Streik zu einem Sieg der Arbeiter führt. Vorläufig haben die Konferenzen dazu geführt, daß man sich darüber geeinigt hat, welche Punkte diskutiert werden sollen. Diese

Die Berliner Buchdrucker haben am Montag abend ihre Stellungnahme zur Papen-Notverordnung dahin ausgesprochen, daß sie dem Kampf um die Tariflöhne nicht ausweichen würden, sondern von der lagerschützen Kampffreiheit Gebrauch machen würden.

Es wäre besser, wenn nicht jede einzelne Gewerkschaft wartete, bis es an ihre Tarife geht — gerade bei den Buchdruckern wird es bis dahin noch etwas dauern, da zunächst ja ihre übertariflichen Leistungszulagen von den Unternehmern angegriffen werden. Wirkungsvoller wäre es, wenn die Gewerkschaften insgesamt die Zurücknahme der Papen-schen Ermächtigungen an die Unternehmer durch ein gemeinsames Vorgehen erzwingen würden.

Die Kündigung des Reichstarifvertrages in der Schuhindustrie, die von den Unternehmern zum 30. September erfolgt war, ist nun von diesen zurückgenommen worden. Zunächst ist der Tarifvertrag bis zum 31. Oktober verlängert worden. Im Laufe des Oktobers soll verhandelt werden.

Der Zentralverband der Schuhmacher hatte energisch gegen die beabsichtigten Verschlechterungen protestiert.

# ISK

7. JAHRGANG 9. HEFT SEPTEMBER 1932

### Inhalt:

WALTER FLIESS:

## Zum Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht

\*

GUSTAV HECKMANN:

## Mehr Politik! Zur Klassenlage in Deutschland.

\*

Zum Nachdenken:

Demokratischer Kampf.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt o.m.b.H. Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Punkte sind: 1. Wiedereinführung von Tarifverträgen. 2. Treffung von Einrichtungen zur Sicherung der Achtung von Verträgen. 3. Löhne. 4. Wiedereinstellung entlassener Arbeiter. Wenn eine grundsätzliche Einigung über die wichtigsten Fragen hergestellt werden kann, sollen die Tarifverträge, die von den Unternehmern am 11. Juni gekündigt worden sind, wieder in Kraft treten.

Die auf dem Gewerkschaftskongreß beschlossene Geldsammmlung für die streikenden Weber wird von den Gewerkschaften mit Eifer betrieben. In der Presse werden große Aufrufe veröffentlicht und fast jeder Verband unterstützt die Weber mit einigen Hundert oder Tausend Pfund.

Trotz dieser Unterstützungen ist es nicht leicht, den Streik von mehr als 150 000. Webern auf lange Zeit zu

# Einheitsfront von oben und unten.

Ueber die von der KP organisierte Einheitsausschuß- und Betriebsräte-Konferenz für Groß-Berlin, die am 8. September in den Sophiensälen tagte, bringt jetzt die neueste Nummer (23) der „Permanente Revolution“ einen Bericht, der zeigt, daß in der „antifaschistischen Aktion“ kaum eine Aktionskraft vorhanden ist und daß der Ruf nach einer wirklichen Einheitsfront, die Verständigung zwischen KPD- und SPD-Führung der KP in der eigenen Front keine Ruhe läßt. Der Bericht sagt:

„Anwesend waren ungefähr 150 Kollegen und Kolleginnen. Leider war der größte Teil der Anwesenden keine Betriebsräte, sondern einfache Kollegen aus den Betrieben und Erwerbslose, die wohl den ehrlichen Willen mitbrachten zu kämpfen, aber wenig hinter sich hatten. Sehr wenige Redner konnten von ihrem Betrieb berichten, daß die gesamte Belegschaft gewillt ist, gegen den ungeheuerlichen Lohnraub zu kämpfen. Gerade weil derartige Berichte fehlen, war die Stimmung sehr niedergedrückt. Daran änderte auch nicht das sachlich an sich gute Referat des Genossen Albrecht. Schon kurz nach dem Referat verschwand ein großer Teil der Anwesenden. Bedauerlich, aber leider nur zu wahr. Keine Disziplin, Ratlosigkeit, Nichtwissen, was tun. Dieser Stempel war der Versammlung aufgedrückt.“

In der Diskussion immer dasselbe. Immer konnte man hören, es geht nicht mehr so weiter, wir müssen die ganze Arbeiterklasse mobilisieren; aber in ihrem Betrieb bringen sie meistens keine Aktion, nicht einmal eine Protestresolution zustande. So sah es durchweg aus mit wenigen Ausnahmen, und dann waren es meistens kleinere Betriebe, die wenig Einfluß auf die Gesamtbewegung haben. Etwas aus dem Rahmen fiel ein Bericht, den ein Delegierter von einer Schallplattenfabrik (Chrysalate) gab. Diese Kollegen hätten in ihrem Betrieb vorbildlich gearbeitet. Der Einheitsausschuß besteht schon seit Monaten. Sie haben eine gutorganisierte Betriebswehr aufgestellt, die die gesamte männliche Belegschaft erfaßt hat. Sie haben die willkürliche Entlassung eines Kollegen durch 2½stündige passive Resistenz und einen Lohnabbau von 20 Prozent abgewehrt. . . .

Gerade diese Kollegen, die 100prozentig die Beschlüsse der Partei durchgeführt haben, stellen fest, daß die Einheitsfront stagniert, nicht weiter kommt, weil die SPD-Mitglieder trotz aller Mißmutigkeit noch immer daran glauben, daß ihre Führer kämpfen wollen. Der Kollege berichtete, wie ihm immer bei der Diskussion mit SP-Arbeitern diese erklärten: „Jawohl, Einheitsfront, aber nicht ohne unsere Führer“. Damit ist jede Diskussion erledigt.

finanzieren. In vielen Orten ist die Not der Arbeiter schon sehr groß.

Viele Unternehmer bemühen sich zu beweisen, daß die Streikfront in manchen Orten schon erschüttert sei, daß viele Arbeiter überhaupt gar nicht streiken wollten und die Gewerkschaften sie nur mit Gewalt von der Arbeit fernhalten könnten. Allerdings haben die Belegschaften einiger Fabriken die Arbeit aufgenommen, nachdem ihnen die Unternehmer versprochen haben, keine Lohnsenkungen durchzuführen. Solche Nachrichten werden von den Unternehmern aufgebauscht, um dadurch die günstige Stellung der Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen etwas zu erschüttern. Zwischen den Zeilen der Berichte kann man hervorlesen, daß die Unternehmer nicht erwarten, daß die Streikparolen der Gewerkschaften so großen Anklang finden würde.

Ein Textilindustrieller klagt wehleidig, daß die Lage jetzt so sei, daß Unternehmer ihre Betriebe gar nicht mehr ohne Erlaubnis der Gewerkschaften aufmachen könnten!

Dieser Delegierte verlangte nun auf Grund seiner praktischen Erfahrungen, daß die KPD ein Einheitsfrontangebot an SPD und ADGB richten soll, mit einem Kampfprogramm, das jeder Arbeiter versteht und den Führern keine Möglichkeit gibt auszuweichen. Diese Forderung des Delegierten fand Beifall. Olbricht mußte sich mit diesen Forderungen beschäftigen und verwies auf den Aufruf vom April, wo es heißt: „Die KPD ist bereit, mit allen Organisationen, die kämpfen wollen, eine Einheitsfront zu bilden.“ Olbricht hat hier bewußt gelogen. Das ZK hat diesen Aufruf als falsch verworfen. Zum Schluß (als die Hälfte der Delegierten schon fortgegangen waren) wurde eine Resolution angenommen, an deren Durchführung wohl kein Mensch glaubte. In einem Gespräch unseres Berichterstatters mit einem SPD-Arbeiter erklärte dieser: „Der einzige positive Vorschlag war von dem einen Delegierten gemacht worden, der forderte: Einheitsfront von oben und unten.“

## Protest der ITF. bei Herriot.

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation hat sich bei Herriot darüber beklagt, daß die Eisenbahnbeamten in Polen, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Litauen kein Koalitionsrecht haben, was im Widerspruch zu der von ihnen im Friedensvertrag unterzeichneten Erklärung steht. Der Protest ist bei Herriot eingelegt worden, weil Frankreich in den betreffenden Ländern einen großen Einfluß besitzt. Herriot versprach eine weitere Behandlung der Frage.

## Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funkens“.

F. K. in G. 5.— M.; M. K. in G. 10.— M.; E. S. in G. 20.— M.; N. N. 10.— M.; N. N. 10.— M.; N. N. 6.— M.; K. K. in C. 12.92 M.; M. L. in E. 10.— M.; E. M. in K. 5.— M.; W. S. in D. 13.— M.; W. G. in F. 10.— M.; R. L. in B. 54.20 M.; E. E. in M. 5.— M.; A. P. in M. 20.— M.; W. A. in V. 5.— M.; F. D. in B. 10.— M.; M. H. in B. 20.— M.

Heute eine unabhängige sozialistische Zeitung finanziell und redaktionell durchzubringen, ist keine Kleinigkeit. Umso mehr freuen wir uns über die Solidarität vieler Freunde des „Funkens“, deren Opfer- und Arbeitsfreudigkeit er seine Existenz verdankt. Weitere Spenden sind sehr erwünscht.

Einheit!

„Der Funke“.

Verantwortl. Schriftf. Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 25/29.

**Erstklassige Maßarbeit**

Herren - Anzüge  
Mäntel  
Damen - Mäntel  
Kostüme

Tadelloser Sitz

**Schönheit**

MAGDEBURG  
O.v. Guerickestr.  
104, H.r.l.

Stoffmuster  
vorrätig.

**Das Haus der guten Schuhe H. Ebel**

Berlin N 63, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: D 6 Wedding 2358  
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
und  
**Reformkleidung**

**J. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funkens“!

**Unterstützt Eure Zeitung!**


Werbt Abonnenten!  
Sammelt Anzeigen!  
Bewirbt bei Einkäufen unsere Inserate!

**Werbeprospekte**

**Zeitungen**

**Zeitschriften**

bei billigster Preisberechnung druckt



**A. Janiszewski**  
Buchdruckerei und Verlag, GmbH  
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer FI Nochtplatz 5471

**Zum frischen Obst**

schmecken rohe Gebirgs-Haferflocken vorzüglich.

1 Post-Paket (9 Pfund) nur 3,60 RM ab hier.

Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 179 24 erbeten.

**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

**BERLIN**

**KAMERA**

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.

Ab 20 Sept.:  
Conrad Veldt, Heinrich George:  
**Der Mann, der den Mord beging**

Fox löhnende Wochenschau  
Anfangszelten: 17, 19 und 21 Uhr.

**Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland**

Das Stillhalten der organisierten Arbeiterschaft gegenüber Papen, Schleicher und den hinter ihnen stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:

**LEONARD NELSON:** Die bessere Sicherheit. Ketzerien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“.

**MINNA SPECHT:** Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltansicht. 26 Seiten. 0,60 Mark.

**Verlag „Öffentliches Leben“**  
Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 31342



# Die Christen scharf gegen die Papen-Regierung.

Auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf sprach der Landesgeschäftsführer Kaiser (Köln) scharf gegen die Papen-Regierung. Was diese sich einbilde, nämlich Vollstreckerin des einheitlichen und wahren Volkswillens zu sein, könnten die christlichen Gewerkschaften nicht anerkennen. Diese hielten sich daran, daß sich für Herrn Papen und seine Führeraufgabe nur etwa 5 Prozent des deutschen Volkes ausgesprochen hätten. Und diese 5 Prozent seien hinreichend verdächtig, daß sie mit dem Volk, wenigstens mit der deutschen Arbeiterschaft, überhaupt nichts zu tun haben wollten. Die Notverordnungen der Regierung seien für die Arbeiterschaft nicht zu ertragen. Der Husarenritt in die preußischen Hohheitsrechte habe nur den Sinn gehabt, unangenehme Personen zu beseitigen.

Adam Stegerwald war nicht weniger aggressiv. Er erklärte, die Haltung einer gewissen Oberschicht habe mit Politik nichts zu tun. Das deutsche Volk werde sich nicht längere Zeit mit den Methoden des Berliner Herrenklubs regieren lassen. Er garantiere Herrn von Papen, daß er mit seinen Regierungsmethoden das deutsche Volk nicht heil über den nächsten Winter hindüberbringen werde.

Mit dilettantenhafter Diktaturspielerei sei aus der Sackgasse nicht herauszukommen.

## Held und Schäffer bei Papen.

Ueber den Empfang des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, beim Reichskanzler erfährt man, daß die Herren sich offenbar auch über die Reichsreform unterhalten haben; man erfährt darüber hinaus, daß die Reichsregierung, um sich mit dem großen und schwarzen Bruder im Süden nicht zu verkrachen, offenbar vor hat, die Vorschläge der bayerischen Regierung zur Reichsreform weitgehend zu verworfen. Das wird also ein schönes Gemisch werden: Die monarchistisch-klerikale Grundlage, die die Volksredner von Tantenhausen schon in unzähligen Versammlungen entwickelt haben, und die feudalistisch-militaristische Spitze der preußischen Junker.

Die Arbeiterschaft hat leider zu diesen Plänen der Reaktion wie zu so vielen anderen kaum Stellung genommen, geschweige denn Abwehrmaßnahmen beschlossen.

Der Präsident des preußischen Landtags, der Nationalsozialist Kerrl, besuchte am Montag vormittag Hindenburg, um diesem an Hand eines gleichzeitig überreichten Schriftstücks die Meinung des preußischen Landtags über den Reichskommissar für Preußen und seiner bisherigen Tätigkeit zu überbringen. Der Reichskanzler wohnte der Unterhaltung bei. Ebenfalls am Montag vormittag war Herr von Papen beim Reichspräsidenten zum Vortrag.

Im Gemeindevorstand des preußischen Landtags wurde ein Antrag der Nationalsozialisten mit den Stimmen der Kommunisten angenommen, wonach die Vertretung der Gemeinden und der Gemeindeverbände in Preußen am 6. November, dem Tage der Reichstagswahl, neu gewählt werden sollen. Der Ausschuss muß wieder erwählt werden, durch den preußischen Landtag gebilligt werden.

Eine liberalere Badehosenverordnung als die von Braucht teilt das „Berliner Tageblatt“ aus einem südünglischen Badeort mit: „Alle Besucher des Strandes haben die strengsten Grundsätze des Anstandes zu befolgen, besonders was ihren Badeanzug betrifft, und machen sich durch ein anderes Verhalten strafbar. Worin die strengsten Grundsätze bestehen, dies zu beurteilen, wird — dem guten Geschmack des einzelnen überlassen.“

## Der deutsche Innenminister auf der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins.

Herr von Gayl hat in der ersten öffentlichen Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins im Leipziger Zoo eine Rede gehalten, in der er von seinen Visionen sprach:

Er sieht nämlich eine neue Zeit heraufziehen, und er weiß, daß diese Zeit eine religiöse und christliche sein wird. Diese christliche Zeit schätzt er deswegen besonders, weil

Eine Regierung, die das staatliche Grundgesetz verletze, habe das moralische Recht verwirkt, Gesetzesbeachtung von unten zu fordern.

Zum Schluß der Aussprache wurde eine Resolution angenommen, in der eine Staatsführung gefordert wird, deren Geist und Taten die Sorge um das Lebensrecht und das Lebenswohl aller (!) Volksgenossen beweise. Die Herrschaft, aus der die Regierung Papen gebildet worden sei, biete dafür keine Gewähr. Die letzten Notverordnungen trieben weiteste Kreise der Arbeiterschaft in den Hunger. Die erneute Auflösung des Reichstags erwecke den Eindruck, als sollten Wille und Recht des Volkes immer mehr ausgeschaltet werden.

„Die Christlichen Gewerkschaften stehen dieser Gesamtentwicklung in schärfster Abwehr gegenüber. Sie protestieren mit Nachdruck gegen die sozialen Ungeheuerlichkeiten der letzten Notverordnung und warnen vor jedem Spiel mit verhüllter oder offener Diktatur.“

Daß bei dieser scharfen Stellung der christlichen Gewerkschaftsvertreter gegen die Regierung Papen einer ihrer Ministerialdirektoren, nämlich Herr Dr. Sitzer vom Reichsarbeitsministerium, sich herausnehmen konnte, von dem „sozialen Geiste“ zu reden, der das Reichsarbeitsministerium auch heute noch „entgegen anders lautenden Meinungen“ leite, spricht für die Disziplin der Gewerkschafter.

in ihr angeblich die Liebe über alles gesetzt wird. Diese legendäre Liebe, von der christliche Machthaber immer gern reden, will Herr von Gayl sogar zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf den Plan rufen. Natürlich landete dieser Ausflug ins Christentum beim Nationalismus: „Kommt dieser Tag (an dem sich alle Deutschen lieben!), dann werden auch unsere Volksgenossen in der Fremde ihre Heimat finden, im Reich, die sie heute mit der Seele suchen, ohne sie wahrhaft zu finden.“

Dieser christlich-nationalistische Mystizismus zusammen mit Schlacht bei Lützen und Völkerschlachtdenkmal in Leipzig unter dem Hauptmotto: „Liebet Eure Feinde, segnet, die Euch fluchen, tut wohl denen, die Euch hassen“ — deutsche Geisteshaltung 1932.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Braunschweig:** Mittwoch, 21. September, 20.15 Uhr, im Gasthof „Niedersachsen“, Ecke Südklüt-Güldenstraße. Thema: Der neueste Streich der Papen-Regierung! Wo bleibt die Abwehr der Arbeiterklasse?

**Frankfurt a. M.:** Mittwoch, 21. September, 20.15 Uhr, im Volkshaus. Thema: Papen-Deutschland und der Weg sozialistischer Arbeiterpolitik.

**Kassel:** Mittwoch, 21. September, 20.15 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses, Spohrstr. 6. Thema: 512 : 42! Die Staatsgewalt ist dem Volke ausgegangen.

**Freie Aussprache! Eintritt frei!**

## Wirtschaftspolitische Aussprache.

**Berlin:** Dienstag, 20. September, 20 Uhr, im Luisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16. Thema: Papens Wirtschaftsprogramm und die Arbeiterschaft. Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. — Unkostenbeitrag: 30 Pf. Für Erwerbslose frei.

## Noch immer Opfer des Weltkrieges.

Der achtzehnjährige Klempererlehrling Kurt Ottmann aus Stoglitz probierte in Abwesenheit seiner Eltern eine Gasmaske auf, die sein Vater wahrscheinlich als Andenken von seiner Militärdienstzeit mit nach Hause gebracht hatte. Die Maske war jedoch inzwischen luftundurchlässig geworden, und bevor der Junge in der Lage war, sich zu befreien, erstickte er.

heit, daß vieles von dem, was wir bereits praktisch durchgeführt haben, in gesetzlicher Form bald allgemein eingeführt wird, dann aber nicht als freiwillige, sondern als allgemeinverbindliche Arbeitsdienstpflicht.“

## Kriegsspuren.

### Eindrücke aus Belgien

Ich habe keinen großen Respekt vor unseren Diplomaten. Aber eins muß man ihnen lassen. In der Auswahl ihrer Konferenzorte zeigen sie einen guten Geschmack. Zu dieser Auffassung bin ich gekommen, als ich einen ihrer vielen Konferenzorte besucht habe: Spa. Sollte später, wider Erwarten gegen unsere Diplomaten der Vorwurf erhoben werden, daß sie unser Geld in einer öden Gegend verpulvern, so werde ich sie gegen diesen Vorwurf schützen.

Aber ich will über Spa und nicht über unsere Diplomaten sprechen. Spa hat große und viele Hotels. Die Bedienung ist freundlich gegen jedermann, gegen Mann und Frau, gegen Kind und Hund. Dann gibt es hier eine beträchtliche Anzahl von Kriegerdenkmälern und Kriegergedenktafeln. General Foch in Stein gehauen, in Lebensgröße. Oder einen sterbenden Soldaten zu Pferde, irgend ein: „Vive le...“ oder Vive la...“ auf den Lippen. Abends alles festlich illuminiert. Ich gehe zu, nicht sonderlich interessant. Aber das ganze ist eingebettet in eine herrliche Umgebung.

In einem Café in Salm-Chateau hingen zwei Ooldrucke. Darauf war folgendes zu sehen. Soldaten aus Deutschland schossen aus Häusern auf einen belgischen Jüngling, der sich auf offener Straße zur Wehr setzt. Auf dem anderen Bild: Ein etwa vierjähriger Knabe, auf dem Kopf einen Papierhelm, in der einen Hand einen Holzäbel, und in der anderen ein Kindergewehr. Trotzigt stellt er sich den auf ihren Pferden daher sprengenden deutschen Ulanen in den Weg.

Als ich in das Café ölnträte, führt gerade ein belgischer Herr seine Frau vor die Bilder, um sie ihr zu zeigen. Die Frau ist von den Bildern sehr gerührt. Ich komme mit den

## „Markieren, Herr Leutnant, markieren!“

Zum ersten Mal seit zwei Jahren hat die Reichswehr wieder große Herbstmanöver: im äußersten Osten der Grenzmark, dem Raum östlich Frankfurt-Oder. Die Wahl dieses Platzes ist, wie erklärt wird, „lediglich durch die Sparsamkeit mit Rücksicht auf die Nähe der Garnisonstädte“ (die es sonst in Deutschland offenbar nicht gibt) bestimmt. Die durch den Versailler Vertrag verbotenen Waffen werden markiert: Tanks (Leinwand und Blechbeschlag), schwere Artillerie (Annahmen oder Markierung), Flieger (durch Schiedsrichter und andeutende Befehle ersetzt). Auch „nationale Würde“ wird markiert: während die Militärattaches von England, Italien, Japan, Rußland und den USA teilnehmen, sind die von Belgien, Frankreich, Polen und Rumänien nicht eingeladen, „da diese Länder deutsche Offiziere bisher nicht aufgefordert haben, an ihren Herbstübungen teilzunehmen“.

Ob nicht Herr Schleicher — nach dem Ausfall der ouglischen Note — auch die Engländer am liebsten wieder ausladen möchte?

## Jenseits von Papen und Schleicher

sprach am Sonntag Goebbels auf einer großen Versammlung in Wien, da Hitler sein Erscheinen nicht für angebracht hielt. In dem Versammlungssaal sollen 20 000 Menschen gewesen sein, außerdem wurde die Rede in zwei andere große Versammlungslokale durch Lautsprecher übertragen. Goebbels erklärte, die Regierung wolle auflösen, bis die Nazis zu Kreuze kriechen würden:

die Nazis aber würden warten, bis von den heutigen Machthabern niemand mehr da sei.

Auch Grzesinski hat das Weite gesucht und ist nach Kopenhagen gefahren. Zu seinem Schutze vor kommunistischen Angriffen sind drei Polizeiautos stundenlang durch die Stadt gefahren. Grzesinski erklärte, er habe ja nie daran geglaubt, daß Hitler je zur Macht kommen werde. Er wird am Montag auf einer SP-Versammlung in Kopenhagen reden.

Vor Beginn seiner Rede im Kopenhagener Gewerkschaftshaus kam es zu einer wüsten Schlacht zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten: Die Kommunisten begrüßten Grzesinski mit Rufen, wie „Bluthund“, die Sozialdemokraten antworteten „Freiheit“. Ein Tomatenregen gegen den Redner setzte ein, der sich erst nach zwanzig Minuten, als die Kommunisten nach einer regelrechten Schlägerei hinausgedrängt worden waren, mit seinem Vortrag durchsetzen konnte. Natürlich kamen jetzt die Kommunisten schlecht weg in seiner Rede. Selbstverständlich ist es auch idiotisch, dem Klassengegner das Schauspiel solcher Balgerei zu bieten; aber daß Grzesinski sich dazu verstieg, zu behaupten, die Kommunisten hätten Schuld, daß die Arbeiterschaft nicht die Mehrheit in den Parlamenten hätte, ist lächerlich, — ganz abgesehen davon, daß auch die Mehrheit in den Parlamenten der Arbeiterschaft nichts nützen würde. Herr Grzesinski, der Polizeichef war, also eigentlich die realen Machtmittel der Gesellschaft kennen sollte, hat wohl längst vergessen, daß zu seiner Entfernung nichts weiter nötig war als eine entschlossene kleine Gruppe vom Herrenklub, die wußte, daß diese Machtmittel zu ihrer Verfügung standen. — Aber für Grzesinski gilt offenbar, wie auch für seine Parteigenossen: „Mancher lernt's nie, und auch dann noch unvollkommen.“

Die Zugehörigkeit zu Hürsings Sozialrepublikanischer Partei ist mit der Zugehörigkeit zum „Reichsbanner“ unvereinbar — so hat die Bundesleitung des „Reichsbanners“ beschlossen. Sie betont, daß auch die Zentrumsleute und Staatspartei im Bundesvorstand auf Grund des vorliegenden Materials dem Ausschluß der Gruppe Hürsings zugestimmt hätten. — Es gibt also noch Zentrumsmitglieder im Bundesvorstand des „Reichsbanners“! Mag sein. Die Zentrumsparlei hat längst ihre Beziehungen zum „Reichsbanner“ still einschlafen lassen; sie hat überdies vor einiger Zeit unter dem Namen „Volksfront“ eine eigene Organisation aufgezogen, die Aufgaben wie Versammlungsschutz u. s. w. übernehmen soll.

Der Oberpräsident von Brandenburg hat die nationalsozialistische Zeitung „Potsdamer Wacht“ für vier Wochen verboten.

## Arbeitsdienst mit Parademarsch.

Die „Gewerkschaft“ berichtet über eine Rede, die der nationalsozialistische Bürgermeister von Koburg, Schwede, am 4. Juli 1932 in Berlin über den von der Stadtratsmehrheit in Koburg eingerichteten freiwilligen Arbeitsdienst für Wohlfahrtserwerbslose gehalten hat:

„Wir wollen die Jugendlichen aber nicht nur arbeiten lassen, sondern sie auch an Zucht und Ordnung gewöhnen. Daher geht es mit militärischer Zucht und Ordnung zu. gearbeitet wird in Trupps, wie überhaupt alles immer in geschlossenen Abteilungen ausgeführt wird. Urlaub wird auf Antrag gegeben, ausnahmsweise sogar bis zum Wecken. Urlaubsüberschreitung einmal: Verweis; zweimal: Entzug des Urlaubs auf bestimmte Zeit bzw. Verbot, ein gewisses Gebiet um das Lager herum zu überschreiten; dreimal: Entfernung aus dem Lager. Am Eingang zum Lager ist eine Wachstube, in der bei Rückkehr der Urlaubsschein abgegeben werden muß. Für die Stunde bekommt der Arbeitsdiensttute 61 Pf., die aber nicht ausgezahlt werden, sondern nur täglich 30 Pf. Der Rest wird ihm auf ein Sparkassenbuch gutgeschrieben. Braucht er Kleidung, muß der Lagerführer einen Bedarfsschein nach gründlicher Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung ausstellen, mit dem der Käufer in ein vertragsmäßig verpflichtetes Geschäft geht und gegen Abgabe des Scheins kauft. Die Firma hat den Schein mit Rechnung an die Stadtverwaltung einzureichen, worauf der Betrag von dem Sparkassenguthaben des Käufers abgebucht wird. Jüdische Geschäfte sind natürlich von der Belieferung ausgeschlossen. Für die Verpflegung wird täglich jedem Arbeiter 1,25 Mark abgezogen, sodaß er etwa wöchentlich 6 bis 8 Mark gutgeschrieben erhält. Parade findet alle vier Wochen statt. Zu dem gemeinsamen Kirchgang, der alle 14 Tage stattfindet, wird ebenfalls geschlossen marschiert. Wir werden weiter so fortfahren. In der Gewiß-

beiden Belgier ins Gespräch und knüpfte in der Unterhaltung an diese beiden Bilder an. Ich mache mich über die Bilder lustig. Darauf die Frau, verstimmt: „Mein Herr, die Ihrigen fielen für Ihren Kaiser, die unsrigen für unseren König!“ Ich spreche dann mit dieser Familie über den Widersinn des Krieges, über die Internationale der Kapitalisten vor, während und nach eines Krieges und über die Notwendigkeit einer Völkerverständigung. Als wir uns trennten, schüttelten sie mir freundschaftlich die Hand.

In dem Dorf Trois-Pont sprach ich eine Bauernfrau, die während des Krieges deutsche Besatzung gehabt hatte. In der Unterhaltung sagte sie mir, daß sie auch einige Worte deutsch könne. Und stolz zählt sie auf: „ein Glas Bier, eine Flasche Schnaps...“ Ich winkte ab. Ich hatte genug von der Vermittlung unserer Kulturträger.

In Lüttich war ich in einem Kino. Es wurde dort zuerst ein Trickfilm gegeben. Dann die Wochenschau: Truppenparade, Enthüllung eines Kriegerdenkmals. Dann die beiden Hauptfilme. In beiden Filmen handelte es sich um betrunkene Männer. Da im betrunkenen Zustande vernünftige Handlungen nicht zustande kommen, kann man sich den Wert der beiden Filme ungefähr vorstellen. Bei den Zuschauern nirgend wo ein Protest. Einige lachten.

Inzwischen eine gute Überraschung: In St. Huibert sah ich in dem Schaufenster einer Autohandlung ein Schild, darauf war zu lesen: „Man sucht einen Chauffeur.“ Als ich am anderen Tag wiederkam, hing das Schild noch da.

Trotz der großen Anzahl von Kriegerdenkmälern in Belgien kann man sagen, daß die Belgier, soweit ich feststellen konnte, weder an Krieg denken, noch einen Krieg wollen. Was jedoch nicht hindert, daß die Belgier in ihren Wohnungen selbst Kriegererinnerungen hängen haben. Namentlich einen Ooldruck kann man häufig sehen: die deutsche Delegation bittet um Waffenstillstand. Darunter hängt dann meist das Bild eines Familienmitgliedes in Uniform. Trotzdem kann man sagen, daß der Belgier weder Revanchegelüste hat, noch Haß gegen die Deutschen. H. K.

# Betriebsführung und Plankontrolle in UdSSR.

## Die Vielgestaltigkeit der Kontrolle.

Um einen richtigen Begriff von den grundlegenden Vorgängen in der Sowjet-Wirtschaft zu gewinnen, muß man sich die Art und Weise vergegenwärtigen, in der die Kontrolle der Planerfüllung in der Sowjet-Union zur Zeit ausgeübt wird. Diese Kontrolle geht nämlich nicht nur von der jeweilig vorgesetzten Stelle aus. Eine ganze Reihe von Partei-, Gewerkschafts- und Verwaltungsinstanzen, die den wirtschaftenden Betrieben nicht übergeordnet sind, haben in ihrem Wirkungskreis grundsätzlich darüber zu wachen, daß der Plan der einzelnen Betriebe erfüllt und möglichst übererfüllt wird.

Betriebszelle und Betriebskomitee, Rayonskomitee und Gewerkschaft, RKI (die Arbeiter- und Bauern-Inspektion, die eigentliche Behörde für Staatskontrolle), die Staatsbank, der Ortssovjat, die Ortspresse, bisweilen auch die GPU und die Staatsanwaltschaft, — all diese verschiedenartigen Aufsichtsorgane greifen sehr häufig mehr oder weniger energisch ein, wenn die Planerfüllung zurückbleibt oder ihnen gefährdet erscheint.

Wie es bei dieser Vielheit der kontrollierenden Gewalten nicht anders möglich sein kann, gestaltet sich das

**Kontrollsystem zu einer wesentlichen zusätzlichen Belastung der ohnehin stark überbürdeten fachmännischen und administrativen Betriebsleitung.**

Ihre Zeit wird übermäßig in Anspruch genommen. An ihrer Kraft wird Raubbau getrieben. Die verantwortlichen Direktoren und Ingenieure werden durch die Fülle der auf sie einströmenden — häufig unvereinbaren — Forderungen und Anordnungen völlig aus dem Konzept gebracht und verlieren da-

durch allzu oft die richtige Linie der Betriebsführung und den klaren Blick für das tatsächlich Notwendige.

Der Zweck der Kontrolle wird auf diese Weise in sein direktes Gegenteil verwandelt: sie wird, wie wir noch sehen werden, zu einem Hindernis für die Betriebe; statt anzuspornen, übt die Kontrolle eine hemmende und bremsende Wirkung aus, selbst wenn die kontrollierenden Instanzen sich tatsächlich auf die Kontrolle beschränken. Sie tun das aber allzu häufig nicht; namentlich die Parteiinstanzen greifen — bewußt oder unbewußt — in die Betriebsleitung ein. Hin und wieder geschieht dies dadurch, daß etwa der Betriebssekretär der KPSU oder das Betriebskomitee selbständig Anordnungen treffen, die den Dispositionen der Betriebsleitung zuwiderlaufen. Als recht krasses Beispiel kann die

### Absetzung von dringenden Reparaturen

durch die genannten Instanzen auf den Stalin-Werken in Leningrad dienen, wovon die „Sa industrialisaziju“, das amtliche Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates, am 20. Dezember 1931 berichtete.

Diese Handlungen wurden vorgenommen, um die weniger dringende Herstellung einer neuen Großturbine zu beschleunigen; sie war tatsächlich weniger dringend, weil das Gebäude zur Aufnahme der Turbine noch gar nicht fertig war. Weshalb hatten die betreffenden Instanzen solche Eile damit? — Weil es sich um die erste in der Sowjet-Union hergestellte Turbine von 50 000 KW Kapazität, also um die größte Turbine einheimischer Produktion handelte. Dieses Paradestück wollte man unbedingt einen Monat vor dem Termin (zum 1. Juli statt zum 31. Juli 1931) fertig haben, um die Uebererfüllung des Planes für das erste Halbjahr berichten zu können.

## Erfolge der Antreiber.

„Die Planierung in den Abteilungen wurde im Grunde durch Antreiber ersetzt“, schrieb das genannte Blatt in diesem Zusammenhang. „In den Nachtschichten wurde die operative Leitung in den Werkstätten nicht von der Administration ausgeübt, sondern von einer Art gesellschaftlichem Stab, der die Verfügungen erteilte, welche Teile und auf welchen Maschinen sie in Arbeit genommen werden sollten. Die dienstfreien Arbeiter aller Organisationen, vom Parteikomitee bis zum MOPR (der Zelle der Internationalen Arbeiterhilfe) wurden „zur Arbeit“ als Antreiber in die Werkstätten geworfen.

**Je verworrener die Lage in der Werkstätte wurde, um so mehr Antreiber erschienen auf dem Plan, was wiederum den Zustand in der Werkstätte noch verworrener machte.“**

Wie toll diese „Arbeit“ aussah, ist aus folgender Stelle des Berichtes zu ersehen: „Die Vertreter der einzelnen Organisationen und sogar die Organisationen selber waren um jeden Preis bemüht, die Teile für ihre Turbine durchzudrücken. In der Hitze des Kampfes für ihre Turbine ging man bisweilen bis zum Diebstahl:

**von einer Turbine wurden durch die Monteure der Anderen nachts, ohne die Erlaubnis der Administration, Stifte, Bolzen u. s. w. entnommen.“**

(Ein Seitenstück jüngsten Datums lesen wir übrigens in der „Iswestija“ vom 3. August 1932. Auf der Baustelle des Saporoschje-Stahlwerks, das zum Dnjepir-Kombinat gehört, herrscht akuter Mangel an Schraubenmutter. Die Zimmerleute stehlen deshalb die Muttern von den importierten Maschinen!

Wir müssen ja arbeiten! sagen sie.)

Das ist noch keineswegs das Schlimmste aus dem Bericht. Die als „fertig“ gemeldete Turbine blieb noch weitere vier Monate in der Werkstätte auf ihrem Gestell stehen und mußte noch zwei Mal auseinandergenommen und wieder zusammengesetzt werden. Zur Zeit der Veröffentlichung des Berichtes wurde noch an einzelnen Teilen für die Turbine gearbeitet und der Kondensator war nur zu 30 Prozent fertig. Von 19 zum Dezember als „fertig“ berichteten Turbinen waren 11 noch ohne Tiefdruckrotor. Auf weitere interessante Einzelheiten einzugehen, müssen wir des Raumes wegen verzichten.

### Der indirekte Druck.

Leistungen dieser Art sind ein Ausfluß jener Reklame-technik, die in bezug auf den Gesamtplan und die Darstellung der Gesamtlage von den höchsten Stellen getrieben wird. Das anspornende Beispiel von oben ruft natürlich die gleiche Tendenz zum Bluff und zur Renommee bei den unteren Instanzen hervor.

Direkte Eingriffe von Parteifunktionären in die Befehlsgewalt auf den Betrieben kommen wohl allerdings nicht so häufig vor. Meistens setzen sie sich auf die Weise durch, daß sie die überlastete Betriebsleitung täglich zu Konferenzen und mündlicher Berichterstattung zwingen. So wird eine Beeinflussung der Entscheidungen der verantwortlichen Direktion erreicht. Durch die ständige Einmischung nicht sachverständiger Organe wird die Arbeit der Ingenieure und „roten Direktoren“ sehr erschwert und

**der moralische Druck, dem sie fortwährend ausgesetzt sind, zwingt sie geradezu, fingierte Plan- und Rekordleistungen zu liefern,**

**wo sie mit echten Leistungen nicht aufwarten können.**

### Die Qualität der Aufsicht.

Die besten Köpfe der Arbeiterschaft, die etwas Vorbildung oder leichtere Fassungsgabe von Hause aus mitbringen, werden durch Hochschulen oder kurzfristige Kurse durchgepeitscht, beziehungsweise auf dem Wege der Auswahl, der sogenannten „Emporschlebung“, zur verantwortlichen praktischen Arbeit in den Betrieben herangezogen. Die rapid wachsende Industrie leidet dauernd an Personalmangel, sodaß das brauchbarste Menschenmaterial relativ leicht zur Betriebs- und Abteilungsleitung, zu Brigadier- und Meisterposten u. s. w. aufsteigt. Was in den reinen „Funktionärposten“ der Partei, Gewerkschaften, Sowjets, Justiz u. s. w. jetzt amtiert, dürfte meist aus Personen bestehen, die zwar gesinnungstüchtig sind oder erscheinen, möglicherweise auch politische Verdienste aus früherer Zeit, aber weniger praktisches Wissen und eine schwerfälliger Intelligenz besitzen.

Es ist leicht verständlich, daß solche Leute am leichtesten geneigt sind, eine Politik des eigenen Kirchspiels und eines die Wirtschaft schädigenden Draufgängertums zu betreiben. Denn ihnen mangelt die Sachkenntnis, die dazu nötig ist, um die größeren Zusammenhänge und die ersten Folgen für die eigenen Betriebe — zum Beispiel die rasche Abnutzung der Anlagen bei der Verschiebung von Reparaturen — zu begreifen.

### Das „Dreieck“.

Dieses Thema der wechselseitigen Beziehungen zwischen der Betriebsleitung und anderen örtlichen Instanzen — vor allen Dingen der Beziehung innerhalb des „Dreiecks“ (Direktion, Parteizelle, Betriebskomitee) — beschäftigt die Sowjet-Oeffentlichkeit seit Jahren. Die Streitfrage ist theoretisch längst zu Gunsten einer strengen Kompetenzteilung (Teilung der Zuständigkeit) entschieden worden. In der Praxis aber bleibt die Betriebsleitung noch immer ohne genügende Ellenbogenfreiheit. Das Thema ist so viel in der Sowjet-Presse erörtert worden, daß besondere Besorgnis hierüber kaum erforderlich erscheint. Der Kuriosität halber mag nur der auf der Industriekonferenz im Februar 1931 unter anderem zur Sprache gebrachte Fall erwähnt werden: Dem Direktor der Beloreschensker Fabrik, der zu jener Konferenz kommen sollte, wurde die Ausreise nach Moskau von dem Sekretär des Bezirkskomitees der KPSU verboten.

Die forcierte Industrialisierung hat dieses Problem im Jahre 1931, dem „entscheidenden Jahr“, besonders akut gestellt, und die Frage hat in den Erörterungen auf der erwähnten Konferenz der Industriearbeiter breiten Raum gefunden. Der sogenannte „neue Kurs“ Stalins, der durch seine Rede vom 23. Juli 1931 mit den berühmten „6 Thesen“ eingeleitet wurde, hat die Atmosphäre und die Kompetenzverhältnisse in den Betrieben und die Lage der Fachleute verbessert. Das Prinzip des „Jedonatschali“, der einheitlichen Befehlsgewalt, wurde zum soundsowielten Male mit Nachdruck bestätigt. Trotzdem ist die Lage, obwohl besser als früher, noch keineswegs gesund und sie kann auch nicht radikal geheilt werden, solange der Staat nicht auf die Anpeitscherdienste der Partei- und sonstigen Funktionäre verzichten will.

### Die Zwangslage der Anpeitscher.

Was nützt es, wenn man die Befehlsmacht der Chef-Ingenieure, Direktoren und Abteilungsleiter immer wieder betont, wenn man gleichzeitig die Parteisekretäre immer noch für die Produktionsergebnisse der Betriebe mitverantwortlich macht und von ihnen Anspornung erwartet?

Die Funktionäre befinden sich zwischen zwei Feuern:

**Befehlen dürfen sie nicht, aber die Hände in den Schoß legen dürfen sie ebenso wenig.**

Wird der Plan nicht erfüllt, dann haben sie von ihren Vorgesetzten unliebsame Erörterungen, Verweise oder Strafver-

setzungen zu gewärtigen. Was sollen sie also tun? Sie müssen anspornen. Aber wie? Durch Zureden? Und wenn es nicht hilft? Was dann?

Man sieht, daß die Zwangslage, in die sie gestellt sind, sich nur mit sehr großem Geschick meistern läßt, der dem Durchschnitts-Beamten dieser Rangordnung nicht häufig eigen ist.

Die Grenze zwischen Aufpassen, Zureden und Befehlen, die ihnen gezogen wurde, ist leicht verwischbar. Die Funktionäre befehlen zwar nicht direkt, aber sie machen diejenigen Personen, die zu befehlen haben, zu gefügigen Werkzeugen ihres Willens.

Die Funktionäre verfügen über die scharfe Waffe des Ausschusses aus Partei und Gewerkschaft. Sie stehen mit den Beamten der GPU und der Justiz auf Du und Du. Sie erreichen leichter das Ohr der Obrigkeit als der parteilose Ingenieur und häufig auch als der „rote Direktor“, der unter der größeren Last der Verantwortung und folglich auch des größeren Einsatzes nur zu leicht ein faules Kompromiß dem Hader mit den politischen Beamten vorzieht.

### Die gastierenden Kontrolleure.

Von der Darstellung der Lage im Jahre 1932, wie sie zum Beispiel durch den Beschluß des ZK vom 2. April 1932 über die Strafversetzung des Bezirkssekretärs der Autowerke in Nishnij und in anderen Fällen zum Ausdruck kommt, wollen wir hier des Raumes wegen absehen. Bemerkenswert sei aber noch folgendes:

Mit dem Ertragen der recht vielgestaltigen ständigen Kontrolle ist es für die Betriebsleitungen und Fachleute noch keineswegs getan. Es gibt noch häufig außerdem einen Schwarm delegierter oder selbsternannter Prüfer und Antreiber, die von außerhalb kommen. Das geschieht so: Die Mitarbeiterschaft der „Prawda“ oder eines anderen Blattes, beziehungsweise des GOSPLAN (der staatlichen Plankommission) oder einer anderen Behörde, oder vielleicht die Belegschaft eines verwandten, mithin „konkurrierenden“ (das heißt: hinsichtlich der Planerfüllung im Wettbewerb liegenden) Betriebes, faßt den löblichen Entschluß, auf einen bestimmten Betrieb oder eine Serie von Betrieben eine „fliegende Brigade“ niederprasseln zu lassen. Wehe dem Betriebsleiter, der sich solcher Initiative widersetzt: er wird als Saboteur verurteilt!

Wie in der nachstehend teilweise zitierten Korrespondenz betont wird, handelt es sich bei solchen Initiativen aber meistens, oder jedenfalls sehr häufig, um einen willkommenen Vorwand zu einer Erholungsreise für die freiwilligen Prüfer.

Als die riesigen ganz neuartigen Chemiewerke in Beresniki am Ural gegen Ende des vorigen Jahres fertig wurden, herrschte auf der Baustelle die größte Spannung. Das in engen und knappen Verhältnissen lebende, ganz unzulänglich vorbereitete Personal mußte eine Serie der kompliziertesten Betriebe der neuzeitlichen Industrie, wie man sie in Rußland noch niemals gesehen hatte, in Gang bringen. Natürlich klappte es im Anfang nicht gut. In jener Zeit der höchsten Nervenanspannung wurden in drei Monaten (von Oktober bis Dezember 1931) nicht weniger als 234 Besucher gezählt, die man alles andere als willkommen empfand. (Die Hälfte der „Besucher“ ist übrigens vor ein paar Monaten durch einen Erlaß der Kommandierungen ohne Erlaubnis der vorgesetzten Spitzenbehörde untersagt, allgemein eingedämmt worden.)

Ein Mitarbeiter der „Sa industrialisaziju“, der selber einer jener Besucher war, schrieb seinem Blatte (vergleiche die Nummer vom 28. Januar 1932), daß sich unter den 664 Fremden 139 Kontrolleure befanden, außerdem 113 Anpeitscher, die sich für die Produktion der kaum fertiggestellten Werke interessierten. „252 Mann wohnten in den Hotels und Kollektivheimen, allen in den besten Küchen. (im Original hervorgehoben), die auf der Baustelle zu finden waren, rauchten die besten Zigaretten, die der Baustelle geliefert wurden u. s. w.“

Die übrigen von den 664 kamen mit den verschiedensten Aufträgen. Darunter waren

**16 (sechzehn) Kommissionen (in 3 Monaten) zur Nachprüfung der Fortschritte in der Ausbildung von Fachpersonal.**

Andere kamen „zur Massenarbeit“ (das heißt: zur Agitation unter der arbeitenden Masse), „zur Klärung verschiedener Fragen“, „zur Information“, „zur Besichtigung“ u. s. w. Es gab Besucher mit einem Anstrich von kommunistischer Seelsorge („zur Durchführung von Unterhaltungen in den Werkabteilungen“) und solche, die von dem ewigen Impuls der Kunstliebe getrieben wurden: „zur Aufnahme“, „zur Skizzierung“, „in Kunstangelegenheiten“.

Ein Mandat lautete: „zur Aufnahme von Volksgedichten“, wozu ein modernes Chemie-Kombinat anscheinend wie geschaffen ist. Allerdings gab es vermutlich junge Kirgisen unter dem eingeborenen Personal, die schon „ein Lied zu singen wußten“.

## Die Hypnose der Ziffer.

Wie weit der Plan für 1931 in Wirklichkeit real war, ist aus der Erfüllungsziffer der zwei wichtigsten Posten des Planes zu ersehen:

	Plan 1931	Planerfüllung
	(in Millionen Tonnen)	
Kohle	75	55,8
Rohisen	8	4,9

Die Realität des Planes wurde von den hervorragendsten Fachleuten im vornherein sehr skeptisch beurteilt. Selbst der stellvertretende Vorsitzende des GOSPLAN (der staatlichen Plankommission) Lewin hatte erklärt, der Plan stünde nur auf dem Papier und er lehne jede Mitverantwortung für die Aufstellung des Planes ab. Lewin erhielt einen strengen Verweis, und Stalin stellte sich mit seiner ganzen Autorität hinter die Draufgänger im GOSPLAN, wie Strumilin und Gonossen.

Die Leitsätze der Parteipitzen werden bei der Tradition der KPSU von den nachgeordneten Instanzen mit multiplizierter Energie nachbetet, namentlich, wenn sie in der ihnen gefühlsmäßig verwandteren schärferen Richtung liegen. Das Prinzip, daß „objektive Gründe“ die Nichterfüllung des Planes nicht entschuldigen können, ist daher zu einer der vielen gestanzten Redensarten geworden, von denen in der Sowjet-Presse und der Sowjet-Oeffentlichkeit ein übermäßiger und schädlicher Gebrauch gemacht wird. B.W.

Unsere Formulierung ist keineswegs willkürlich, sondern trifft genau die Geistesverfassung nicht nur der kleineren Antreiber, sondern auch der ganz großen, von denen diese Geisteshaltung ihren Ursprung nimmt. Hatte doch Stalin selber in seiner bekanntesten vorjährigen Rede auf der Konferenz der sowjetrussischen Wirtschaftler erklärt:

**der Plan für 1931 wäre durchaus real, und es sei abwegig, sich hinter die „objektiven Gründe“ zu verhehlen.**